

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 38

ersch. Sonntag.
Zugabe Preis vierteljährlich 1,50 Mk. Zur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 11. September 1932

Geschäftsstelle: Berlin E2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Kampf bleibt unsere Lösung!

Unseren Gewerkschaften obliegt zurzeit nicht nur die Sorge um die Lage der Arbeiterklasse, ihr Kampf gilt auch den Bestrebungen, die das Ende der Demokratie wollen. Es ist kein Zufall, daß Bundesvorstand und Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Zeit, als der Reichstagswahlkampf auf dem Höhepunkt stand, einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erließ, der u. a. folgende dringende Mahnung enthielt:

„Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig. Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren, die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen, dann stärkt die Gewerkschaften! Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.“

Der Bundesvorstand hat diese Mahnung aus genauer Kenntnis der Verhältnisse an die deutsche Arbeitererschaft ergehen lassen. Nach der vollständigen Einnistung der Reaktion in die Machtpositionen des Staates wird ein verstärkter Ansturm gegen die Gewerkschaften einsetzen, bei dem das Unternehmertum Hilfestellung leisten wird. Aus dem Wetterwinkel der westdeutschen Schwerindustrie werden bereits Forderungen laut, die auf eine vollständige Beseitigung der Gewerkschaften als Kampfesorganisationen hinarbeiten!

Es braucht an dieser Stelle nicht auseinanderzusetzen zu werden, was unsere Gewerkschaften für die Arbeiter und Angestellten bedeuten. In den vierzehn Jahren seit Kriegsende haben sie Leistungen vollbracht, die spätere Geschlechter als Großtaten ersten Ranges bezeichnen werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind für das gegenwärtige Wirtschafts- und Kulturleben schlechthin unentbehrlich. Unter den Erwerbstätigen in Deutschland bilden die Arbeiter und Angestellten weitaus die Mehrzahl. Zerspaltet sind diese Millionen nichts, organisatorisch zusammengefaßt bedeuten sie jedoch eine unüberwindliche Macht. In ihnen verkörpert sich das Zerschlagende der im Dunkel stehenden Volksmassen, die den wertvollsten Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft dar-

stellen. Die bewußte Betonung der gesamten Arbeiterklasse als Machtfaktor ist ihre unverzichtbare Stärke, die weder durch die Machtmittel einer einseitig orientierten Regierungsgewalt, noch durch polizeiliche Hemmnisse angestastet werden kann, solange der Wille zur sozialen und wirtschaftlichen Freiheit in den Massen lebendig ist.

Das gewerkschaftliche und kulturelle Selbstbewußtsein ist nichts anderes als die Befreiung des Persönlichkeitsempfindens der arbeitenden Massen aus Unwissenheit und Unkultur. Die einfache Tatsache, täglich für Wirtschaft, Staat und Volk werteschaffend tätig zu sein, berechtigt zum Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein, doch es muß eine Kraft dahinterstehen, die dies mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt. Es wäre ein geradezu unerträglicher Kulturzustand, wenn so große Volksteile, wie es die Lohn- und Gehaltsempfänger innerhalb der modernen Volkswirtschaft sind, nicht kraftvoll empordrängten und persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Anteilnahme auf allen Gebieten des Lebens forderten! Die erdumspannende Bewegung der Gewerkschaften kann darum im Wirbel der Zeit nicht zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden.

Und darum muß jedes Gewerkschaftsmitglied zu einem eifrigen Kämpfer für seine Ideen und seine Organisation werden. Wo sollen die in den Fabriken, Werkstätten, Bauplätzen und Büros zerstreuten Arbeitermassen sonst die Vertretung ihrer ureigensten Interessen finden, wenn nicht in den Gewerkschaften? Die Lohn- und Gehaltsempfänger waren solange die Parias der Gesellschaft, als sie sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt waren und sich noch nicht in Gewerkschaften zusammengeschlossen

hatten. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die immer mehr anschwellende Masse der Hand- und Kopfarbeiter niederzuhalten. Erst als die Gewerkschaften erstanden und so erstarkten, daß sie beachtet, anerkannt und als Macht gewertet werden mußten, verbreitete sich langsam die Einsicht, daß hier die stärksten Kraftquellen der modernen Volkswirtschaft verankert liegen. Es ist kein gutes Zeichen der Zeit, daß die gewaltigen Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte das Klassenbewußtsein der Arbeitererschaft noch nicht in eine Klassenmacht zu verwandeln vermochten. Hierin zeigt sich, wie schwierig es ist, in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen größeren Menschenmassen einfach erscheinende Dinge zum Bewußtsein zu bringen.

Die deutsche Arbeitererschaft muß ihre geschichtliche Mission in dieser Stunde kennen. Mehr als sechs Jahrzehnte kämpft die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Große, selbst von Optimisten nicht erwartete Erfolge sind errungen worden. Die Gewerkschaftsbewegung hat aber eine noch größere Zukunftsaufgabe zu erfüllen. Sind die Trümmer dieser gewaltigen Wirtschaftskrise einmal weggeräumt, dann erwächst die gewerkschaftliche Pflicht der Arbeiterklasse, die Rechtsbasis wieder zu schaffen, auf der allein ein einigermaßen erträgliches Kulturleben möglich ist.

Die deutsche Arbeitererschaft muß deshalb die Zeitgeschichte nicht nur verstehen, sondern auch zu lenken in der Lage sein. Die Gewerkschaften sind neben der politischen Bewegung der Hebel, mit dessen Hilfe der Pendel wirtschaftlicher und politischer Widersinnigkeiten aufgehoben werden kann. Stärkt darum eure Gewerkschaften und bedient euch ihrer mit unbeugbarer Energie zum Wohle des ganzen arbeitenden Volkes!

Von zwei Wirtschaftsprogrammen das — untaugliche!

Ende Juni haben die Spitzengewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der AFD-Bund, in gemeinsamer Arbeit mit einer Reihe Wissenschaftler Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt, um die Überwindung der herrschenden Krisennot einzuleiten und durch planvolle Maßnahmen der Wiederkehr gleichartiger Katastrophen vorzubauen. Die praktische Durchsetzung dieser Forderungen (s. Nr. 29 der „Buchbinder-Zeitung“) wurde in die Wege geleitet durch eine Anzahl von Gesetzesentwürfen, die die Sozialdemokratische Partei dem neuen Reichstag Mitte August vorgelegt hat. Diese Gesetzesentwürfe betrafen zu-

nächst die Aufhebung der Notverordnungen, um den rücksichtslosen Sozialabbau und die einseitigen Massensteuerverhöhungen wieder rückgängig zu machen. Damit sollen die Unterführungen der Arbeitslosen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsoffer wieder auf den früheren Stand gebracht werden. Verlangt wird weiter die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer für die kleinen Gewerbetreibenden. Zum Umbau der Wirtschaft wurde die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wie des Bergbaues, der Eisenindustrie,

der Großchemie usw. gefordert, sowie die Verstaatlichung der Großbanken. Ein besonderer Gesehntwurf verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes, um den nutzlosen Subventionen an verschuldete Großagrarien ein Ende zu machen, die Gesundung der Landwirtschaft anzubahnen, und das freiwerdende Land für Siedlungszwecke an Landarbeiter und Kleinbauern zu verteilen.

Für die Zeit des Ueberganges soll die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten erfassen.

Die Finanzierung dieser Pläne soll durch Erhebung von Notsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen, durch Besteuerung des Luxusverbrauchs, Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie, eines staatlichen Erdölmonopols, Offenlegung der Steuerlisten, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen gesichert werden.

Jede einsichtige Reichsleitung, der es mit der Befehung un menschlich drückender Notstände wirklich ernst ist, würde die praktische Mitarbeit des für die Erhaltung des Staatswesens wichtigsten Teiles des Volkes freudig begrüßt und mindestens versucht haben, dessen Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Das hat die deutsche republikanische Freierrnregierung jedoch nicht notwendig. Ihr Chef lehnte in seiner Rede in Münster mit einem sehr deutlichen Seitenblick auf das gewerkschaftliche Wirtschaftsprogramm und auf die sozialdemokratischen Gesehntvorlagen „jeden Eingriff in die Privatwirtschaft“ schroff ab. Dafür tritt er jetzt mit einem eigenen Programm an die Öffentlichkeit, das schon — noch ehe es im Wortlaut vorliegt — in allen Kreisen des deutschen Volkes ein Grausen auslöste. Selbst bis weit in die Unternehmerkreise ist man über den Dilettantismus entsetzt, der sich in diesem Programm zur angebliehen Unturbelung der Wirtschaft offenbart, obwohl der Industrie damit wieder Milliarden-geschenke präsentiert werden.

Nach den Mitteilungen in der Tagespresse bekommen die Unternehmer die Umsatzsteuer, die Realsteuer, die Gewerbesteuer und die Beförderungsteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form erlassen, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in voller oder teilweiser Höhe der geleisteten Zahlungen Steueranrechnungsscheine erhalten, mit denen in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern (mit Ausnahme der Einkommensteuer) bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen Mark handeln. Diese Scheine werden mit einem Aufgeld versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Hereinnahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den aufgestauten Erhaltungsbedarf sein. Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden neu Eingestellten soll aufs Jahr gerechnet ein Betrag von

Schiedspruch abgelehnt.

Der vom Beauftragten des Reichsarbeitsministeriums Herrn Dr. Dobberstein am 27. August gefällte Schiedspruch für die „Alpi“-Betriebe wurde von unserem Tarifausschuß abgelehnt. Der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien hat den Spruch angenommen. Wie wir hören, hat er nunmehr dessen Verbindlichkeit beantragt, die selbstverständlich von uns bekämpft werden wird.

400 Mark in Scheinen gegeben werden. Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „fogar“ noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten. Diese „Aufrechterhaltung“ soll in einer Abänderung der Tarifverträge in folgenden Punkten bestehen: 1. Die Tarifgebiete sollen verkleinert werden, so daß bestimmte Fragen des Arbeitsvertrages vom Tarif nicht berührt werden. 2. Die branchenmäßige Zusammenfassung wird als unzumutbar angesehen, so daß eine Aufteilung der Tarifverträge nach einzelnen Branchen erfolgen soll und auch eine Aufteilung nach örtlichen Gesichtspunkten. 3. Die Schlichter sollen das Recht erhalten, von Fall zu Fall festzustellen, ob Betriebe vor der Stilllegung bewahrt werden können, wenn sie die Tariflöhne in einem bestimmten Zeitraum unterschreiten. Die Auflockerung der Tarife ist in der Weise gedacht, daß die Löhne bis zur 30. Arbeitsstunde der Woche in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, während bei Neueinstellung von Arbeitskräften die Löhne zwischen der 30. und 40. Arbeitsstunde eine gewisse Ermäßigung erfahren können. Insgesamt soll im Höchstfall eine Ermäßigung von 12½ Prozent eintreten.

Neben einem glatten Steuergeschenk von 1500 Millionen Mark werden den Unternehmern weitere 700 Millionen als Kopfsprämie ausgelobt, während die schon längst auf einen qualenden Tiefstand gebrachte Lebenshaltung der Arbeiterschaft erneut unter sehr starkem Lohndruck gesetzt werden soll. Nur wer das jämmerliche Leben von Millionen Menschen nicht kennt, kann im Ernst mit einem neuen erheblichen Lohnabbaudiktat spielen. Zwar versichert Herr von Papen, daß die Gesamtlohnsumme trotz des Lohndrucks für den Einzelnen nicht gesenkt, daß sie „fogar“ noch erhöht werden soll, um einen größeren Warenverbrauch zu ermöglichen. Es ist auffallend, mit welcher Konsequenz die leitenden Männer in der Regierung an der Tatsache geflissentlich vorbeigehen, daß eine Abschafteigerung nur eintreten kann, wenn das Einkommen, also die Möglichkeit zum Verbrauch steigt, wenn bei gleichbleibendem Einkommen des Einzelnen die Zahl der Beschäftigten in die Höhe geht. Soll sich der Verbrauch mehren, dann muß das Arbeitseinkommen über den Betrag steigen, der seither als Unterstützungsleistung ausgegeben wurde, aber auch um einen erheblichen Teil des Betrages, der von jedem einzelnen Haushalt für feste Kosten (Wohnungsmiete, Fahrtkosten usw.) in Anspruch gebracht wird,

da diese Ausgaben nicht dem Warentauf dienen können. Ueber solche Erwägungen setzen sich die Pläne der Papen-Regierung glatt hinweg. Ihre Milchmädchenrechnungen sind ja auch viel einfacher: Die Gesamtlohnsumme steigt, also steigt auch der Verbrauch. Daß der Arbeiterhaushalt über einen erheblichen Teil seiner Einnahme verfügen muß, der für einen direkten Warenverbrauch nicht mehr verwendet werden kann, das ist eine Feststellung, die die Herren nicht zu sehen brauchen, die mit Milchmädchenrechnungen weltwirtschaftliche Probleme zu lösen vorhaben.

Die Auslobung der Kopfsprämien wird zu einer völligen Anarchie im Produktionsprozeß führen, denn diese Kopfsprämie muß notwendigerweise zu einem gegenseitigen Abjagen der Aufträge führen und damit zu einer starken Herabsetzung der kaufmännischen und geschäftlichen Moral. Sieger im Wettrennen um die Kopfsprämie bleibt immer der Unternehmer, der über das robuste Gewissen verfügt.

Die praktische Auswirkung des absolut untauglichen Wirtschaftsprogrammes der Papen-Regierung wird sein, daß in vielen Fällen der Arbeitslohn noch unter die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung herabgedrückt wird. Ist das der Zweck der ganzen Aktion?

Probleme der Jugend.

Die freie Arbeiterbewegung hat ganz gewiß einen guten Nachwuchs, der mit ernstem Willen an die Probleme der Zeit herangeht. In der Gewerkschaftsbewegung wächst so eine Generation heran, die einstmals ihren Mann stehen wird. Das ist erklärlich, denn zu keiner Zeit hatten die Gewerkschaften soviel Wert auf die Bildung der jungen Generation gelegt wie gerade heute. Und das ist gut so. Wenn wir jedoch die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse betrachten, dann müssen wir feststellen, daß das Gros der Jugend zu den radikalen Bewegungen hinneigt.

Die Ursache für diese Abwanderung der Jugend liegt weniger in der politischen und wirtschaftlichen Erkenntnis, als vielmehr in der geistigen Einstellung der Jugendlichen selbst. Würden politische und wirtschaftliche Erkenntnis die Jugend entscheiden lassen, dann wären sie ganz bestimmt nicht in einer Bewegung, die geführt wird von Prinzen, Generälen und Großindustriellen und die die Entrechtung der Arbeiterklasse auf ihre Fahne geschrieben hat.

Wir leben heute in einer eigentümlichen Zeit. Alles ist im Aufbruch begriffen. Viele Erwachsene werden an der heutigen Zeit irre. Der junge Mensch aber steht in einem großen Gärungsprozeß, ohne Erfahrung sieht er sich den Dingen des Lebens gegenüber. Hinzu kommt der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich der junge Mensch nicht erklären kann. Hunderttausende sind zur Untätigkeit verdammt und der Geltungsdrang, der in jedem jungen Menschen steckt, wird in seiner Entfaltung gehemmt. In diesem Moment tritt die Aktivität der radikalen Gruppen in sein Leben. Das Marktschreierische einer Bewegung ist immer ein gutes Agitationsmittel unter der Jugend. Der junge Mensch will etwas sein, er will beachtet werden, er will etwas leisten in seinem frischen, gesunden und urwüchsigen Drang.

Diesem Drang wird nirgends so entgegengekommen wie in der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“. Man stimmt den ganzen Propagandaapparat auf diesen Geltungsdrang der Jugend ab. Fangen wir nur einmal bei der Uniform an. Es war schon immer das Bestreben der herrschenden Klasse, durch das bunte Tuch

Ein Achtzigjähriger



Am 27. August feierte in körperlicher und geistiger Frische Kollege

Anton Gary

seinen 80. Geburtstag. Er trat im Jahre 1887 der Organisation bei, zählt zu den Gründungsmitgliedern der Zahlstelle Erlangen und hat in den 45 Jahren treuer Mitgliedschaft am Aufbau der Organisation stets freudig mitgearbeitet.

Bis zum Jahre 1926 konnte der damals 74-jährige seinen Beruf ausüben. Seither bezieht er die Invalidenunterstützung des Verbandes. Sein wüßziger Humor und sein fester Glaube an die Stärke unserer Organisation sind unserer jüngeren Generation stets ein leuchtendes Vorbild.

Unserem alten Freund und Kollegen die besten Glückwünsche. Möge ihm noch ein langer, froher Lebensabend beschieden sein.

und den nötigen Lamtam die Jugend in ihren Bann zu ziehen, denn dadurch wird der Geltungsdrang der Jugend dem Bürgertum niemals gefährlich werden, er wird nach einer für sie ungefährlichen Seite abgelenkt.

In der heutigen Zeit, in der die Einzelercheinung immer mehr in den Hintergrund tritt, in der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens eine Uniformierung, eine Tendenz zum Kollektivismus zutage tritt, hat es für einen jungen Menschen einen ganz besonderen Reiz, sich hervorzuheben, sich von den anderen, und sei es auch nur nach außen, zu unterscheiden. In Uniform und in Gruppentolonnen durch die Straßen zu ziehen — alle Menschen schauen nach ihnen — das bringt dem Geltungsdrang des jungen Menschen Befriedigung. Der junge Arbeiter sieht nicht das verräterische Tun an seiner Klasse, denn ihm fehlt noch die Erkenntnis seiner Klassenlage, und — was das Entscheidende ist — durch die Arbeitslosigkeit ist er dem Einfluß der älteren Kollegen entzogen, die an dem jungen Menschen formen und kneten könnten.

Wir leben im Zeitalter der Massenbewegungen, die bedingt sind durch die ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung. Der junge Mensch, dem noch die Erkenntnis seiner Klassenlage fehlt, spürt wohl die Hindernisse im Leben, kann sich jedoch nicht erklären, von welcher Seite sie aufgerichtet werden. Er fühlt instinktiv, daß diese Hindernisse beseitigt werden müssen und glaubt nun, sie mit rauher Kraft bezwingen zu können. Jugendjahre sind immer Sturm- und Drangjahre. Der junge Mensch in seiner unendlich großen Not wird sich der Massenbewegung zuwenden, die seinem Drang nach Betätigung, ganz gleich welcher Art, die größten Chancen bietet. Sehr schnell fällt er darum auf die Strenenkänge der Leute herein, die da glauben, mit Schlagring und Revolver gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge lösen zu können.

Auf ein Ringen mit Problemen kommt es diesen jungen Menschen leider nicht an, darum auch die Abneigung gegen die Jugendbewegung der Arbeiterschaft. Die Politik der Nazis liegt ihrem Wesen am nächsten. Ohne große Mühe kann man sich hier beteiligen und — was die Hauptsache ist — man wird beachtet. Dieser Weg ist sehr leicht gangbar. Der Geltungsdrang der Jugend ist immer der Motor zu ihren Handlungen und er wird auch immer den Weg nehmen, der am leichtesten ist. Und die radikalen Bewegungen kommen diesem Geltungsdrang der Jugend weit entgegen. Dies wird um so gefährlicher sein, je mehr für den Jugendlichen die Möglichkeit schwindet, sich in seinem Beruf zu betätigen. Zunehmende Arbeitslosigkeit radikalisiert auch die Jugend.

Riesengroß ist die Gefahr, die der Arbeiterbewegung aus der Not der heutigen Jugend erwächst. Hier bietet sich der freien Arbeiterjugendbewegung ein großes Betätigungsfeld, dessen Bearbeitung nicht ohne Erfolg bleiben wird. Die Erfassung der Arbeiterjugend muß ihre vornehmste Aufgabe sein. Bringen wir die Jugend zur Erkenntnis ihrer Klassenlage, bringen wir den Freiheitsdrang der Jugend im organisierten Klassenkampf zur Geltung. Vieles ist noch zu tun. Wir müssen uns der Jugend annehmen, um sie vor geistiger und körperlicher Demoralisation zu schützen.

Die Organisationen der Arbeiterschaft müssen überall Einrichtungen zur Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen schaffen, um diese in unserem Sinne zu beeinflussen, was weniger Geld, aber desto mehr Energie und Freude an der Jugend erfordert. Die Gewerkschaften müssen in allen Bezirken die Jugend an bestimmten Tagen zusammenfassen; Gewerkschaftshäuser oder sonstige Heime sind genügend vorhanden. Gewerkschaftsangestellte müssen sich in den Dienst der Sache stellen und Vorträge halten. Dankbare Themen gibt es genug. Fragt nicht immer gleich nach seiner Organisationszugehörigkeit. Der junge Mensch sucht, er kommt nicht sofort entschlossen zu einer Organisation. Gewinnen wir ihn aber auf diese Weise, dann haben wir unserer Sache ganz bestimmt einen guten Dienst geleistet.

In unserem Bezirk Hessen-Rhassau sind schon sogenannte Freizeiten eingerichtet worden. Aus allen Organisationen, wie Arbeiterport, Reichsbanner, Gewerkschaften, Partei, Arbeiterjugend hat man junge Menschen herangeholt. Auch die, deren Väter oder Brüder unserer Bewegung nahe stehen, soll man heranziehen. Freiwillige Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt haben ein einfaches Mittagessen bereitet, was natürlich keine Notwendigkeit ist. Wir haben die jungen Menschen vertraut gemacht mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, haben ihnen erklärt, was Demokratie und Faschismus ist. Ein Kollege sprach über „Kapitalismus und Sozialismus“. Auch wurden Besichtigungen durchgeführt. Wir haben festgestellt, daß gerade diese Fragen alle sehr brennend für den jungen Menschen sind, denn überall treten sie an ihn heran. Auf der Straße, am Stempelamt, auf dem Sportplatz werden diese Probleme angeknüpft.

Deshalb heraus aus der Reserve. Nehmt euch der Jugend an, zeigt ihnen einen Weg. Zeigt ihnen, daß wir aus der Kraft einer Idee schöpfen, die niemals untergehen wird. Wir Gewerkschaften als die Hauptstützen der modernen Arbeiterbewegung wollen uns der Jugend annehmen. Wir müssen und wollen einen Weg zeigen. In allen Teilen des Reichs müssen in den nächsten Wochen diese Einrichtungen geschaffen werden. Keine Mühe soll uns zu groß

sein. Jede Ortsverwaltung muß eine Einrichtung in Verbindung mit den übrigen Organisationen schaffen. Erfüllen wir diese Aufgabe, die junge Generation wird es uns später danken. Und nun an die Arbeit. E. Schneider.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder

hat das erste Halbjahr 1932 mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Abteilung Krankenkasse:	
Beitrageinnahme in Abt. A	99 702,61 Mkt.
Beitrageinnahme in Abt. B	170 774,20 "
Beiträge nach § 8 Abs. 18	2 965,80 "
Beiträge nach § 14 Abs. 3	28 189,50 "
Beiträge nach § 24 Abs. 18	2 203,30 "
Kapitalerträge	12 291,15 "
Eintrittsgelder	63,00 "
Sonstige Einnahmen	316,70 "
Summe	316 506,26 Mkt.
Bestand von 1931	423 380,64 "
Gesamtsumme	739 886,90 Mkt.
Leistungen in Abt. A	96 420,41 "
Leistungen in Abt. B	154 925,12 "
An den Invalidenfonds	28 189,50 "
An den G.-B.-Fonds	2 203,30 "
Persönliche Verwaltung	25 366,44 "
Sächliche Verwaltung	6 616,16 "
Sonstige Ausgaben	529,73 "
Summe	314 250,66 Mkt.
Bestand am 30. 6. 1932	425 636,24 "
Gesamtsumme	739 886,90 Mkt.

Abteilung Sterbekasse:	
Beitrageinnahme usw.	22 830,00 Mkt.
Kapitalerträge	11 694,52 "
Summe	34 524,52 Mkt.
Bestand von 1931	349 087,52 "
Gesamtsumme	383 611,84 Mkt.
Leistungen	11 901,46 "
Verwaltung usw.	2 153,25 "
Summe	14 054,71 Mkt.
Bestand am 30. 6. 1932	369 557,13 "
Gesamtsumme	383 611,84 Mkt.

Abteilung Invalidenkasse:	
Beiträge nach § 14 Abs. 3	28 189,50 Mkt.
Kapitalerträge	1 679,61 "
Summe	29 869,11 Mkt.
Bestand von 1931	43 471,50 "
Gesamtsumme	73 340,61 Mkt.
Leistungen	28 875,00 "
Summe	28 875,00 Mkt.
Bestand vom 30. 6. 1932	44 465,61 "
Gesamtsumme	73 340,61 Mkt.

Generalversammlungsfonds:	
Beiträge nach § 24 Abs. 18	2 203,30 Mkt.
Kapitalerträge	805,84 "
Summe	3 009,14 Mkt.
Bestand von 1931	14 483,94 "
Gesamtsumme	17 493,08 Mkt.
Revisionen	229,50 "
Summe	229,50 Mkt.
Bestand am 30. 6. 1932	17 263,58 "
Gesamtsumme	17 493,08 Mkt.

Von der Gesamteinnahme der Krankenkasse wurden verwendet: für Leistungen 79,42 Proz. (unter Berücksichtigung der den Invaliden ausbezahlten Unterstützungen 88,53 Proz.), für persönliche Verwaltungskosten 8,01 Proz., für sächliche Verwaltungskosten 2,09 Proz., für Ueberweisung an den Invalidenfonds 8,90 Proz., für Ueberweisung an den Generalversammlungsfonds 0,70 Proz. und für sonstige Ausgaben 0,17 Proz. Daraus ergibt sich ein Ueberschuß in Höhe von 0,71 Proz. Nach den gesetzlichen Vorschriften hätte statt des Ueberschusses in Höhe von rund 2255 Mkt. ein solcher von rund 13 500 Mkt. vorhanden sein müssen. Mit Rücksicht auf die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse wird man sich aber mit dem Gesamtergebnis zufrieden

geben dürfen. Man wird jedoch demit zu rechnen haben, daß in der Abteilung A, in der die Krankheitshäufigkeit eine besonders große ist, Vorkerkungen getroffen werden müssen, um auch in dieser die Ausgaben mit den Einnahmen in Uebereinstimmung zu bringen.

Von der reinen Beitragseinnahme wurden in Abteilung A 96,70 Proz. und in der Abteilung B 90,71 Proz. für die Kasseneinnahmen ausgegeben. Dabei ist aber zu beachten, daß wir in Abteilung A gezugenen waren, durch Nachuntersuchungen auf eine Senkung des Krankenstandes hinzuwirken. Ohne diese Nachuntersuchungen würde das rechnerische Ergebnis in der fraglichen Abteilung ein noch sehr viel ungünstigeres gewesen sein. In einzelnen Verwaltungsstellen des Offenbacher Industriebezirks mußten allein für ärztliche und zahnärztliche Behandlung bis zu 50 Proz. der Beitragseinnahmen verwendet werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auf eine Minderung dieser Ausgaben hinzuwirken.

Die Gesamteinnahme der Sterbekasse verteilt sich mit rund 66 Proz. auf die Beitragseinnahme und mit rund 34 Proz. auf die Einnahme für Kapitalerträge. Von der Gesamteinnahme wurden verwendet: für Leistungen rund 34 Proz. und für Verwaltungskosten rund 6 Proz., so daß dem Rücklagefonds rund 60 Proz. zugeführt werden konnten. Das inzwischen fertiggestellte versicherungstechnische Gutachten ist trotz eines nach Versicherungs-mathematischen Grundsätzen errechneten Defizits sehr günstig ausgefallen. Der Versicherungsmathematiker sagt in seinem Gutachten unter anderem folgendes: Der in der Bilanz ausgewiesene Verlust von 73 719,25 Mt. gibt zu Bedenken keinen Anlaß; er ist nur einmalig und rührt weder von einem ungünstigen Stand der allgemeinen Verhältnisse in der Sterbekasse noch schlechter Geschäftsführung, Uebersterblichkeit oder mangelhafter Kapitalverwertung her. Der in den Jahren 1920 bis 1923 durch die Inflation und ihre Folgen verursachte Kapitalverlust ist in den folgenden acht Versicherungsjahren bis Ende 1931 zu beinahe zwei Dritteln wieder aufgeholt worden. Es darf angenommen werden, daß der noch rechnungsmäßig vorliegende Fehlbetrag in den nächsten fünf Jahren vollständig aus der Bilanz verschwunden sein wird. Irgendwelche Maßnahmen, den Fehlbetrag zu decken, sind nicht zu treffen, insbesondere brauchen weder die Beiträge erhöht, noch die sachungsmäßigen Leistungen herabgesetzt werden. Es kann vielmehr eine weitere günstige Entwicklung der Sterbekasse zuversichtlich erwartet werden.

Der Invalidenfonds hatte eine Gesamteinnahme in Höhe von 29 869,11 Mt. zu verzeichnen. An die Invaliden wurden davon 28 875 Mt. zur Auszahlung gebracht. Die Zahl der Invaliden ist inzwischen auf rund 940 gestiegen. Sie wird auf Grund unserer leider noch immer sehr trüben Wirtschaftsverhältnisse weiter steigen und uns zu Vorkerkungen verpflichten, die es gestatten, die Mittel für diesen neuen Unterstützungszweig für alle Zeit sicherzustellen.

Die Barvermögensbestände unserer Kassen betragen am Schlusse des ersten Halbjahres 1932:

Krankentasse	425 636,24 Mt.
Sterbekasse	369 557,13 "
Invalidenfonds	44 465,61 "
G.-B.-Fonds	17 263,58 "
Gesamtsumme	856 922,56 Mt.

Die Zeitverhältnisse haben selbstverständlich auch in unseren Kassen einen Mitgliebersrückgang mit sich gebracht. Der Mitgliederbestand hat sich aber trotzdem in der Krankentasse auf 11 176 und in der Sterbekasse auf 4312 halten können. G. Z.

Neue Fachliteratur.

Die Wertstoffe des Buchbinders. Von Gewerbeinspektor W. Thuma und Buchbindermeister und Gewerbeschuler F. Wochner. Preis 3 Mt., portofrei. Verlag des Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien, Stuttgart, Christophstraße 9, Postfachkonto Stuttgart Nr. 9317.

Es gibt wohl kein Gewerbe, das mehr und verschiedenartige Materialien zu verarbeiten hätte als die Buchbinderei. Deshalb wurde in den letzten

Jahren auch dem Problem der Materialkunde in der Buchbinderei ganz besondere Beachtung geschenkt. Um so mehr ist es verwunderlich, daß bis heute eine Materialkunde gefehlt hat, die auf die Verhältnisse des buchbinderischen Nachwuchses zugeschnitten, das weite Gebiet der buchbinderischen Wertstoffe systematisch behandelt.

Das soeben erschienene Fachbuch befaßt sich eingehend und getrennt nach Herstellung und Verwendungsmöglichkeiten der dargestellten Materialien mit folgenden Wertstoffen: Papier, Pappe und Karton, Leder, Kunstleder, Webstoffe, Zwirn, Draht, Blattgold und Folien, Zelluloid und Zellophan, Farben und Lacke, Klebemittel usw. In einem Anhang wird über Maschinen und Schriften das Nötige gesagt. Das Buch ist speziell auf die Verwendung in der Gewerbeschule und zur Vorbereitung auf Gesellen- und Meisterprüfung zugeschnitten. Infolge seines reichen Inhalts wird es sicher überall Anklang finden.

Als Ergänzung zu diesem Fachbuche ist im Selbstverlag der Verfasser (Thuma-Wochner, Stuttgart, Seidenstraße 43) eine „Sammlung der Wertstoffe des Buchbinders“ erschienen, die etwa 200 Papier-, Webstoff- und Ledermuster umfaßt und einen guten Ueberblick über die buchbinderischen Materialien bietet, sowie als Ergänzung der Wertstoffkunde selbst von großem Werte ist. Preis dieser Materialsammlung 2,25 Mt. portofrei.

Rundfunkhörer!

Wenige Wochen nationalsozialistischer Einwirkung haben genügt, den Rundfunk zu einem köstlichen Verbundmittel zu machen. Die Nationalsozialisten, die ihn zum „Kulturinstrument“ gestalten wollen, bilden ihn um zur Schimpftribüne. Unter der Parole „Ausmerzungen aller unbedeuten, fremden Einflüsse“ wird gegen den Willen der wertvollen Hörer umorganisiert. Die Anhänger eines freien Volkswirtschafts sollen aus den Rundfunkstellen verschwinden. Rein aufrechter Republikaner, kein Sozialist, kein Gewerkschafter, kein Arbeiterportier, kein Freidenker, kein Arbeiterdichter, kein Arbeiter-sänger soll mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon.

Rundfunkhörer, wollt ihr euch das für eure Rundfunkgebühr, mit der ihr den Rundfunk erhaltet, widerstandslos gefallen lassen? Gewiß nicht! Doch wilde Hörerstreiks sind wertlos. Die berechtigte Erbitterung der Hörer darf nicht zur unbedachten Abmelbung vom Rundfunk führen. Sie muß vielmehr der Stärkung der Front werttätiger Rundfunkhörer dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen kann gegen die Alleinherrschaft der Bürokratie, für Mitbestimmungsrecht der organisierten Hörerschaft und für eine dem werttätigen Volke würdige Rundfunkgestaltung!

Hier ausschneiden und in 4-Pf.-Umschlag an den Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. B., Berlin SW 61, Gütshiner Str. 93, einleiten.

Ich bin bereit, die vom Arbeiter-Radio-Bund im Rahmen der Eisernen Front zu treffenden Kampfmaßnahmen zu unterstützen und erkläre meinen Anschluß an die Front werttätiger Rundfunkhörer beim Arbeiter-Radio-Bund.

Name: Wohnort:
Straße: Lefer welcher
Rundfunkzeitschrift:

Ein Beitrag wird von dem einzelnen Rundfunkhörer, der sich der Front werttätiger Rundfunkhörer anschließt, nicht erhoben.

Berichte.

Hamburg-Altona. Die in den „Apl“-Betrieben beschäftigte Kollegenschaft nahm am 31. August in einer sehr stark besuchten Versammlung Stellung zu der durch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums geschaffenen Situation. Kollege Braasch schilderte eingehend den Verlauf der gesamten um die Erneuerung des „Apl“-Vertrages geführten Ver-

handlungen. Helle Empörung lösten die Verschlechterungsanträge der Unternehmer aus, von denen die Versammelten bereits durch die eingehenden Berichte in der „Buchbinder-Zeitung“ Kenntnis erhalten hatten. Kollege Braasch sprach dann über den Inhalt des Schiedspruchs, der alle Befürchtungen weit übertraf. Der Spruch trägt allen Forderungen der Unternehmer fast restlos Rechnung, in ihm kommt der neue Papen-Kurs schon voll zur Geltung.

In der lebhaften Aussprache wurde von allen Rednern die Ablehnung des Spruchs gefordert. Besonders empört war die Versammlung darüber, daß es der Schlichter nicht über sich gebracht hat, ein Verbot der Frauenarbeit an Schneidemaschinen festzusetzen. Gleiche berechtigte Empörung löste die Tatsache aus, daß für die Arbeit an den aufreibenden Notationsbriefumschlagmaschinen (Wintler-Dünnebie) ein Lohnaufschlag nicht genehmigt wurde. Sämtliche Vertrauensleute, besonders die Vertreter aus der Briefumschlag- und Geschäftsbuchbranche betonten, daß sie sich mit ihren Belegschaften eins wüßten darin, daß alle Verschlechterungen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln abgemehrt werden müssen. Ein Vertreter der Erwerbslosen erklärte, daß sich aus der Reihe der arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen niemand finden werde, der trotz aller Notlage im eigenen Haushalt bei einem eintretenden Kampf den Streikenden in den Rücken fallen würde. Die dann folgende Abstimmung hatte das Ergebnis, daß einstimmig beschlossen wurde, dem Verbandsvorstand die Ablehnung des Schiedspruchs dringend zu empfehlen. Zum Schluß der imponenten Versammlung forderte Kollege Braasch die Kollegenschaft auf, keine betrieblichen oder persönlichen Abmachungen mit den Unternehmern zu treffen und nur den Anweisungen des Verbandes zu folgen.

Plauen. Am 31. August fanden sich nach Arbeits-schluß die Kollegen und Kolleginnen der „Apl“-Branche zusammen, um den Bericht über das Ergebnis der Reichsarbeitsverhandlungen zur Kenntnis zu nehmen. Die ausführliche Berichterstattung in unserer Zeitung entbehrt uns an dieser Stelle der Aufgabe, Näheres aus den Ausführungen des Kollegen Miering anzuführen. Die Plauener Kollegenschaft war sich von Anfang an bewußt, daß die Unternehmer bei der augenblicklich schlechten Geschäftslage nichts unversucht lassen würden, um weitere Verschlechterungen für die Arbeiterschaft in den Vertrag hineinzubringen. Sie hatte jedoch nicht geglaubt, daß nach dem erst sechsprozentigen Lohnabbau und dann durch Lohnkittat noch einmal um 15 Proz. gekürzten Lohn nun ihre Lebenslage auch noch durch die übrigen Bestimmungen des Mantelvertrages weiter verschlechtert werden soll und die Unternehmer durch ihre Forderungen den Reichsarbeitsgedanken bei der Arbeiterschaft einschlagen würden. Noch viel weniger hatte sie es für möglich gehalten, daß sich ein Schlichter findet, der die unerhörten Forderungen der Unternehmer fast restlos in seinem Spruch verankert. Wie nicht anders zu erwarten war, fand der Spruch in der anschließenden lebhaften Aussprache durch alle Redner schärfste Ablehnung. Der Verbandsvorstand wurde aufgefordert, dieser Stimmung der Kollegenschaft Rechnung zu tragen und auch seinerseits den Spruch abzulehnen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Materialversand: Allen Gau- und Ortsverwaltungen ist in den letzten Tagen eine angemessene Anzahl Protokolle des Verbandstages in Leipzig zugegangen. Das jeweils beigelegte gebundene Exemplar ist für die Bibliothek bzw. das Archiv bestimmt.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal 1932 gingen bis zum 6. September bei der Verbandskasse ein von: Hanau — Mt. — Koburg — Mt. — Aue — Mt. — Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen Göttingen, Sebnitz, Zwickau und Trossingen. Der Verbandsvorstand.